

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auszshl. Postbefreiungsgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Oktober 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 117.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

Die Arbeiterversicherung in Europa.

II.

Im Vergleiche zur Krankenversicherung viel einheitlicher und auch durchgreifender nach Art, Umfang und Form ist in den meisten europäischen Staaten die

Unfallversicherung.

Hier ist das System der Zwangsversicherung vorherrschend, darum auch der Kreis der Versicherten viel größer und viel bestimmter festgelegt. An erster Stelle dabei die deutsche Gesetzgebung; sowohl dem Alter als der Gründlichkeit nach. Am 1. Oktober d. J. konnte sie auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken, aus welchem Anlaß auch an dem genannten Tag im deutschen Reichstagsgebäude eine Feier abgehalten wurde, an der jedoch aus gewissen Gründen, die wir hier nicht näher behandeln wollen, keine Vertreter der Arbeiterschaft teilnahmen.

Die Zwangsunfallversicherung in Deutschland wurde durch verschiedene Reichsgesetze in den Jahren 1884—1887 geschaffen, und zwar für alle Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbe und Landwirtschaft mit Jahresgehalt bis 3000 M. Ferner ist eine freiwillige Versicherung für Unternehmer und nichtversicherungspflichtiges Personal vorgesehen. Die ganze Versicherung ist in 114 Berufsgenossenschaften auf Gegenseitigkeit mit Selbstverwaltung gegliedert. Daneben bestehen noch Sonderinstitute für Staatsbetriebe. Die Zahl der Betriebe, die diesem Gesetz unterliegen, betrug im Jahre 1908 61 Millionen mit 23,7 Millionen versicherungspflichtigen Personen. Die Beiträge werden von den Unternehmern allein aufgebracht, und zwar nach besonderen Gefahrenklassen. Sie beliefen sich im Jahre 1908 auf 181,6 Millionen Mark oder pro Kopf der Versicherten 7,70 M. Da jedoch nach einer bis heute von keiner Seite bestrittenen Berechnung eines bekannten deutschen Unternehmers, des Kommerzienrats Schmidt in Altenburg, die Kosten für die gesamte Arbeiterversicherung, also nicht nur jene der Unfallversicherung, für die die Unternehmer durchschnittlich nur 1/3 Proz. der Produktionskosten betragen, so kann man daran erkennen, wie kleinlich die Behauptung ist, die Sozialversicherung belaste den Unternehmer zu hoch. Die Belastung der Arbeiterschaft durch die moderne Produktionsweise ist demgegenüber eine viel größere. Denn im Jahre 1908 betrug die Zahl der Unfallverletzten 662321; darunter 9856 Tote, 1160 dauernd völlige Krüppel, 57510 teilweise Krüppel und 74539 vorübergehend erwerbsunfähig Verletzte. Wohl haben die deutschen Unternehmer in 24 Jahren des Bestehens der Berufsgenossenschaften 1799 Millionen Mark an Entschädigungen an verunglückte Arbeiter bezahlt, dafür aber auch die deutschen Arbeiter in 23 Jahren, von 1886—1908, insgesamt 8 1/2 Millionen Betriebsunfälle erlitten, darunter 2 Millionen schwere Unfälle und 163000 Todesfälle. Der ganze Krieg von 1870 mit seinen 40000 Toten und 129000 Verwundeten bleibt demnach weit hinter den Opfern zurück, die das Schlachtfeld der Arbeit seit Bestehen der Berufsgenossenschaften von der deutschen Arbeiterschaft forderte. Es stehen der alleinigen Beitragspflicht der Unternehmer also sehr respektable „Gegenleistungen“ der Arbeiterschaft gegenüber. Die eigentlichen Leistungen der deutschen Berufsgenossenschaften für den einzelnen Versicherten bleiben aber auch sonst hinter dem weit zurück, was man von einer wirklich gerechten Unfallschädigung erwarten sollte. Denn hinsichtlich freie Kur und Unfallrente bis zu 66 2/3 Proz. des Jahreslohns oder freie Anstaltspflege nebst Angehörigenrente bis zu 60 Proz. und Sterbegeld in der Höhe des zwanzigfachen Tagelohns und Hinterbliebenenrente bis zu 60 Proz. des Jahreslohns sind für die Einbuße des Lebens oder der Gesundheit des einzelnen Arbeiters im Dienste des Unternehmers nur schwache Ausgleichs; der Hauptleidtragende und -geschädigte bleibt immer der Arbeiter oder seine Angehörigen. Die Regelung der Streitverfahren mit dem schwachen Scheitern von Rechten für die Versicherten, wie sie im deutschen Unfallversicherungsgesetze vorgesehen ist, wollen wir dabei nach Möglichkeit übergehen. Es bestehen zwar bekanntlich Schiedsgerichte und das Reichsversicherungsamt bei gleicher Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber, aber die einseitige Verwaltung der Berufsgenossenschaften mit ihren Vertrauensärzten, Rentenquoten usw. sorgt zur Genüge

dafür, daß diese Instanzen ihre liebe Not haben, wenn sie dem Gesetz einigermaßen zum Rechte verhelfen wollen. Trotzdem ist aber anzuerkennen, daß auch mit der Unfallversicherung manche früheren Übelstände bekämpft und die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen daraus gemildert wurden, was ohne das Eingreifen der Gesetzgebung nicht erreicht worden wäre oder in anderer Weise von der Arbeiterschaft hätte erst erkämpft werden müssen.

In Österreich kam die gesetzliche Zwangsunfallversicherung im Jahre 1887 zustande. Sie wurde auf alle gewerblichen Arbeiter und Betriebsbeamte mit einem Jahresverdienste bis zu 2000 M. ausgedehnt. Außerdem wurde gleichzeitig eine freiwillige Versicherung für Unternehmer und nichtversicherungspflichtiges Personal innerhalb der vorgenannten Einkommensgrenze zugelassen. Eingeteilt ist die Verwaltung in sieben Landesversicherungsanstalten auf Gegenseitigkeit mit Selbstverwaltung; daneben bestehen noch Berufsgenossenschaften für Eisenbahnen. Den Landesversicherungsanstalten unterstehen 483000 Betriebe mit über drei Millionen Personen. Die Kosten der Versicherung werden zu 90 Proz. von den Unternehmern und zu 10 Proz. von den Arbeitern nach Arbeitslohn und Unfallgefahr gedeckt. Im Jahre 1907 waren 23,3 Millionen Mark im ganzen aufzubringen, was pro Versicherten einen Jahresbeitrag von 7,70 M. ergab. Die Leistungen der Versicherung erstreckten sich auf Unfallrente bis zu 60 Proz. des Lohns, Hinterbliebenenrente bis zu 50 Proz. des Lohns und Sterbegeld bis zu 42 M. Wie in Deutschland werden auch hier alle Unfälle entschädigt, ausgenommen die vorfänglich herbeigeführten. An 69676 Verletzte mit 6617 Witwen, 8441 Kindern und 696 entschädigungsberechtigten Eltern wurden im Jahre 1907 15,8 Millionen Mark Renten gewährt. Es kamen demnach auf einen Unfall in Österreich durchschnittlich 225 M., während für Deutschland die gleiche Berechnung nur die Einzelsumme von 175 M. ergab. Die Regelung von Streitigkeiten erfolgt durch Schiedsgerichte, und zwar kostenfrei.

In Ungarn wurde eine Zwangsversicherung für alle gewerblichen Arbeiter mit einem Jahreslohn bis zu 2000 M. erst im Jahre 1907 geschaffen; ebenso eine freiwillige Versicherung für nichtversicherungspflichtiges Personal innerhalb des Jahreseinkommens von 2000 M. Für landwirtschaftliche Dienstleute und Maschinenarbeiter wurde schon im Jahre 1900 eine Zwangsversicherung errichtet, ebenso eine freiwillige für sonstige landwirtschaftliche Arbeiter und Kleingrundbesitzer. Die Verwaltung liegt in den Händen einer Landeskasse und untergeordneten Bezirkskassen. Die Beiträge für die Versicherung der gewerblichen Arbeiter werden im Umlageverfahren wie in Deutschland nur von den Unternehmern gedeckt; dagegen für die landwirtschaftliche Zwangsversicherung nach feststehenden Staffelnbeiträgen, die sehr niedrig bemessen sind. Die Leistungen bleiben hinter jenen der beiden vorgenannten Staaten ein wenig zurück; bei Erwerbseinkünfte unter 10 Proz. wird z. B. keine Entschädigung gewährt. Nähere Angaben über Durchschnittsleistung pro Kopf der Versicherten fehlen. Das Streitverfahren ist nach deutschem Muster geregelt.

Italien schuf sich eine Zwangsversicherung für Arbeiter und Betriebsbeamte im Gewerbe (einschließlich landwirtschaftliche Motorenbetriebe) mit Jahresgehalt bis 1700 M. im Jahre 1898. Dem Unternehmer ist es freigestellt, die Versicherung bei der staatlichen, in Gegenseitigkeits- oder in Privatversicherungsanstalt vorzunehmen. Im Jahre 1906 waren nach diesem Gesetze 1,8 Millionen Personen versichert. Die Unternehmer haben die Kosten zu tragen, die sich jährlich auf etwa 6,50 M. pro Kopf der Versicherten belaufen. Die Leistungen erfolgen nach deutschen Grundsätzen, jedoch mit der leichteren Möglichkeit einmaliger Abfindungen. In Streitfällen mit einem Anschlagswerte bis zu 160 M. entscheiden die Gewerbegerichte, sonst die ordentlichen Gerichte bei ermäßigten Gebühren.

In Frankreich besteht nur für Seelente eine Zwangsversicherung, und zwar seit dem Jahre 1898. Für Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbe und Handel bis zu einem Jahresverdienste von 2000 M. besteht seit 1898 eine freiwillige Unfallversicherung, durch die je nach Wahl des Unternehmers im Jahre 1906 in staatlichen, Gegenseitigkeits- oder Privatinstanzen 2892 Millionen Böhme versichert waren. Die Staatsanstalt der Seelente umfaßt 250000 Versicherte. Die Kostenbedeckung der Seelenteversicherung geschieht durch Unternehmer, Arbeiter und Staats-

zuschuß. Die freiwillige Versicherung erforderte im Jahre 65,4 Millionen Mark Prämien, aus denen 53,7 Millionen Mark Entschädigungen für Unfallfranke, Invaliden und Hinterbliebene bezahlt wurden; Arzt und Begräbniskosten sind dabei inbegriffen. Bei vorfälliger Verletzung wird keine, bei großem Verschulden geringere Entschädigung bezahlt. Die einzelnen Staffeln der Renten usw. stimmen mit jenen Deutschlands überein. Die Zwangsversicherung der Seeleute hatte im Jahre 1906 eine Ausgabe von 1,3 Millionen Mark Renten an 292 Invaliden und 2592 Hinterbliebene; das machte im Durchschnitt pro Kopf des Rentenempfängers 461 M. Jahresrente aus. Friedensrichter, ordentliche Gerichte im abgekürzten Verfahren und besondere Kommissionen teilen sich in die Rechtspflege.

Belgien hat seit dem Jahre 1903 eine freiwillige Versicherung für Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbe, Handel und Landwirtschaft bis zu 2000 M. Jahresverdienst. Es bestehen neben der Zwangsbesteuerung zum staatlichen Garantiefonds für diese Versicherung Gegenseitigkeitskassen und Privatgesellschaften. Versichert waren im Jahre 1908 die Personale von 49427 gewerblichen und 14033 landwirtschaftlichen Betrieben. Die Beitragszahlung geht ausschließlich zu Lasten der Unternehmer; die Leistungen bleiben hinter jenen Deutschlands zurück. Die Höchstrente für Invaliden beträgt nur 50 Proz. und die Hinterbliebenenrente gar nur 30 Proz. des Jahreslohns. Die Rechtspflege erfolgt nur durch Friedensrichter oder schiedsrichterliche Kommissionen.

In England besteht seit dem Jahre 1900 nur eine freiwillige Unfallversicherung. Sie ist für Arbeiter und Dienstboten unbeschränkt, gilt ferner für Betriebsbeamte und Angestellte mit Jahresgehalt bis 2000 M. in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben. Gewerbetreibende, d. h. die sogenannten Berufskrankheiten, fallen unter diese Unfallversicherung. Die Form der Versicherung, ob bei Staats-, Privat- oder Gegenseitigkeitsanstalten, ist dem Unternehmer freigestellt. Etwa 13 Millionen Personen sind nach diesem Gesetze zu versichern. Die Beiträge sind von den Unternehmern allein aufzubringen. Über die Höhe der Unternehmerbeiträge, ihre Einteilung sowie den Anteil auf den Kopf der Versicherten gibt die vorliegende Statistik keine Auskunft. Die Leistungen der englischen Unfallversicherung sind minimal. Es wird Unfallrente bis zu 50 Proz. des Lohns in wöchentlichem Wechsel gewährt; auch Kapitalabfindung ist zugelassen. Bei Vorfall oder großem Verschulden des Verletzten wird keine Entschädigung gezahlt. Hinterbliebenenrente ist nicht vorgesehen, dagegen Kapitalabfindung bis zur Höhe des dreifachen Jahreslohns und Sterbegeld bis zu 200 M. Die Gerichtsbarkeit wird bei ermäßigten Gebühren von Schiedsgerichten und ordentlichen Gerichten ausgelöst.

Eine Zwangsunfallversicherung wurde in Norwegen im Jahre 1894 mit späteren Ergänzungsgesetzen in den Jahren 1906 und 1908 für Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbe und Forstwirtschaft geschaffen. Zugelassen sind jedoch nur Personen mit einem Jahresverdienste bis 1350 M. Eine besondere Zwangsversicherung für Fischer wurde durch Gesetz im Jahre 1908 errichtet. Beide Versicherungszweige werden durch Staatsanstalten verwaltet. In der ersteren sind etwa 10000 Betriebe mit 150000 Personen versichert und in der Fischerversicherung waren es im Jahre 1908 über 90000. Die Kostenbedeckung für die gewerbliche und forstwirtschaftliche Versicherung erfolgt durch Prämienzahlung seitens der Unternehmer nach Arbeitslohn und Unfallgefahr. In der Fischerversicherung beträgt die Jahresprämie, die von jenen Versicherten zu bezahlen ist, 1,68 M.; außerdem leistet die Staatskasse dazu einen Zuschuß. Freiwillige Höherversicherung ist bei den Fischern zulässig. Die Leistungen der Versicherung bei der erlittenen Versicherungserkrankung erstrecken sich auf freie Kur und Unfallrente bis 60 Proz. des Lohns oder freie Anstaltspflege nebst Angehörigenrente bis zu 50 Proz.; ferner Sterbegeld 50 M. und Hinterbliebenenrente bis 50 Proz. Für invalide Fischer oder deren Hinterbliebene wird eine einmalige Abfindungssumme bis zu 900 M. gewährt. Das Schiedsverfahren wird durch Berufungskommissionen erledigt und ist völlig kostenfrei.

In Schweden besteht seit dem Jahre 1901 eine freiwillige Unfallversicherung für alle Arbeiter und Werftführer im Gewerbe ohne jede Einkommensgrenze. Sie kann in Staats-, Privat- oder Gegenseitigkeitsanstalten

erfolgen. Für Fischer besteht gleichfalls eine freiwillige Versicherung als Staatsanstalt. Ihr haben sich von etwa 400000 Fischereiarbeitern rund 250000 unterstellt. Die Beiträge werden von den Unternehmern geleistet. Die Jahresprämie pro Versicherten beträgt 6,16 M.; dazu kommt noch ein Staatszuschuß. In der gewerblichen Unfallversicherung wird für Kranke ein Tagelohn von 1,12 M. vom 61. Tag ab bezahlt, für Invaliden eine Rente bis zu 387 M. jährlich. Das Sterbegeld beträgt 67 M. und die Hinterbliebenenrente ebenfalls 387 M. Bei vorläufigen Verletzungen, grobem Verschulden und bei Erwerbsunfähigkeit unter 10 Proz. wird keine Entschädigung gewährt. Die Rechtsprechung untersteht den ordentlichen Gerichten.

Dänemark hat seit dem Jahre 1898 eine freiwillige Unfallversicherung für gewerbliche Arbeiter und Betriebsbeamte bis zu einem Jahreseinkommen von 2700 M., die in Gegenseitigkeits- und Privatanstalten gegliedert ist. Die gleiche Versicherungsart besteht für Fischerei und Kleinschiffahrt, jedoch ausschließlich als Staatsanstalt. Eine Zwangsversicherung wurde im Jahre 1905 für Seeleute und Schiffsbesatzung nach der Jahreseinkommensgrenze wie in der gewerblichen Unfallversicherung errichtet; desgleichen für Arbeiter und Betriebsbeamte in der Landwirtschaft, doch gilt hier ein Jahreslohn von 1700 M. als Grenze der Versicherungspflicht. Die Beiträge für alle Versicherungsarten sind nur von den Unternehmern zu leisten. An Leistungen für die Versicherten kommt für Unfallkranke ein Tagelohn bis zu 60 Proz. des Lohns von der vierzehnten Woche, für Invaliden Kapitalbindung bis zum sechsfachen, für Hinterbliebene eine solche bis zum vierfachen Jahreslohn und schließlich ein Sterbegeld in Höhe von 56 M. in Betracht.

In Finnland wurde eine Zwangsunfallversicherung im Jahre 1895 für gewerbliche Arbeiter mit einem Jahresverdienste bis zu 600 M. geschaffen. In Staats-, Gegenseitigkeits- oder Privatanstalten sind dieser Versicherung in 3007 Betrieben 91200 Arbeiter und 2500 Seeleute unterstellt. Die Beiträge, die von den Unternehmern aufzubringen sind, ergaben 1908 eine Gesamtsumme von 976000 M. Davon wurden an 2748 Verletzte 386500 M. Entschädigung bezahlt, also durchschnittlich pro Verletzten 140 M., ferner 2863 Rentnern an Invaliden und Hinterbliebene 221500 oder 77 M. pro Kopf der Bezugsberechtigten. In die Rechtsprechung teilen sich die ordentlichen Gerichte.

Spanien hat seit dem Jahre 1900 eine freiwillige Unfallversicherung für alle gewerblichen Arbeiter, einschließlich der Arbeiter in landwirtschaftlichen Motorenbetrieben und der Handlungsgehilfen. Die Versicherung kann nach Wahl des Unternehmers bei Gegenseitigkeits- oder Privatgesellschaften geschlossen. Im Jahre 1909 wurden 36528 Unfälle mit 1,2 Millionen Mark entschädigt. Die Versicherungsleistung fällt dem Unternehmer zu. Es ist Tagelohn bis zu 50 Proz. des Lohns an Unfallkranke, Kapitalbindung bis zum doppelten Jahreslohn, ebenso für Hinterbliebene, ferner freie ärztliche Behandlung und Ersatz der Begräbniskosten bis zum Betrage von 80 M. vorgesehen. Bei vorläufiger Verletzung oder Einschluß höherer Gewalt auf solche wird keine Entschädigung gewährt, dagegen wird sie höher bemessen, wenn der Unfall in Betrieben ohne Unfallversicherungsvorrichtungen erlitten wird. Die Rechtsprechung geschieht durch die ordentlichen Gerichte und ist für die Arbeiter kostenfrei.

Die Niederlande haben seit 1901 eine Zwangsunfallversicherung für alle gewerblichen Arbeiter und Betriebsbeamte bis zu einem Jahresverdienste von 7 M. In der Hauptsache wird die Versicherung durch eine

Staatsanstalt gepflegt, doch sind auch Gegenseitigkeits- oder Privatgesellschaften zulässig. Der Staatsanstalt unterstehen 65886 Betriebe, die im Jahre 1908 5,1 Millionen Mark Prämien zu zahlen hatten. Die Prämien werden nur von den Unternehmern aufgebracht, und zwar nach Arbeitslohn und Unfallgefahr berechnet. Die Leistungen dieser Unfallversicherung sind die höchsten aller europäischen Staaten. Für Unfallkranke werden freie Kur und Tagelohn bis zu 70 Proz. des Lohns gewährt, für Invaliden eine ebenso hohe Rente. Für die Hinterbliebene kommt eine Rente bis 60 Proz. und dreifach-jähriges Tagelohn als Sterbegeld in Betracht. Verletzungen durch Vorfall werden gar nicht, solche durch Zutunheit nur halb entschädigt. Im Jahre 1908 wurden für 61979 Verletzte und 234 Getötete 7,0 Millionen Mark verausgabt, was jedoch nur einen durchschnittlichen Betrag von 127 M. für jeden einzelnen Fall ausmacht. Berufungsräte und ein Zentralberufungsrat entscheiden in Streitfällen.

Die einfachste Zwangsversicherung hat das kleine Luxemburg seit dem Jahre 1902 für alle Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbe und Landwirtschaft. In einer einzigen Landesgenossenschaft sind aus 2503 gewerblichen Betrieben 36701 Personen versichert. Die Jahresausgabe wird von den Unternehmern nach Arbeitsverbrauch und Gefahrenklassen im Umlageverfahren erhoben. Auf den Kopf der Versicherten kam im Jahre 1909 eine Beitragszahlung von 29 M., also die höchste aller europäischen Staaten. Das gleiche gilt auch von der Entschädigungssumme, die für jeden Verletzten 671 M. im Jahre 1909 betrug. Das Streitverfahren, das durch Genossenschaftsvorstand, Schiedsgerichte und einen Obergerichtshof geregelt ist, ist kostenfrei.

In einem dritten und letzten Artikel über das vorliegende Kapitel wird der Umfang der Invaliden-, Alters- und Arbeitslosenversicherung zur Darstellung kommen.

Volkswirtschaftliches.

Die Fleischsteuerung

Hält vor wie nach alle nicht der Fahne der Junker und deren Spießgesellen folgende Volkstresse in Bewegung. Ob aber mehr und mehr städtische Weibchen Maßnahmen gegen die Fleischnot verlangen und immer entschiedener die Einberufung eines außerordentlichen deutschen Städtetags aus diesem Grunde gefordert wird — in Berlin verhängt das nicht. Ob der ungefähre 100000 Mitglieder zählende Reichsrat der deutschen Bauern in den Landwirtschaftsminister von Preußen petitioniert und dessen Augenmerk auf die Vieh- und Fleischnot auf Deutschland und namentlich auf den aus das heranwachsende Vieh wegnehmenden Export von Schweinen in der Gewichtsfrage von 60—70 Kilogramm nach England richtet — es wird tauben Ohren gepredigt. Ob der Zentralausschuß Berliner Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine in einer vorzüglichen Rundgebung auf alle volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gefahren, auf die Zunahme der Lohnkämpfe, die Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt bei Fortbestand der gegenwärtigen schlimmen Zustände hinweist — Herr v. Bethmann Hollweg und seine vor jedem Stürmzeln der allmächtigen Agrarier zusammenstürzenden Paladine lassen auch gegen die durchschlagendsten Argumente die schwache Dementiersprache der hochgestellten Regierungsorgane aufzählen und deren nachgerade trankhaft wirkende Beschönigungs- und Wertungskünste spielen.

Es ist ja gemiß nicht so einfach, den Ostelbtern, diesen Virtuosen der Bescheidenheit und Selbstlosigkeit, zuliebe aus Schwarz Weiß machen zu müssen, wenn die Tatsachen eine harte, granitartige Sprache reden. Der vorerwähnte Zentralausschuß z. B. begründet seine Stellungnahme so vortrefflich, daß wir — nicht zuletzt zu Ruhm und Frommen derjenigen, die aus andern als interessen-agrarischen Gründen die Fleischsteuerung abtrotzen möchten — sie in einem größeren Auszuge auch unseren Lesern zur Kenntnis bringen möchten. Die Berliner Kaufmännischen, industriellen und gewerblichen Vereine lassen nämlich durch ihren Zentralausschuß die Erklärung abgeben, daß sie unbedingt für geboten halten: 1. Die Erleichterung der Einfuhr von ausländischem Vieh, vor allem die Herabminderung der gegenwärtig prohibitiv wirkenden veterinärpolizeilichen Maßnahmen auf das notwendigste Maß. Insbesondere seien aufzugeben die Einfuhrverbote für Schlachtvieh aus Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und den skandinavischen Ländern, die Tuberkulinprobe der dänischen Rinder, die Kontingenterung der österreichisch-ungarischen Schweineinfuhr und das Verbot der Einfuhr von amerikanischen Rindern. Die Einfuhr dieser Viehgattungen des Auslandes sei unbedenklich, wenn sie beim Passieren der Grenze von deutschen Kommissaren untersucht und als gesund befunden worden sind, und wenn sie zur altschadigen Abschichtung nach öffentlichen Schlachthäusern überführt oder in Schlachthäusern an der Grenze oder an den Küstentplätzen geschlachtet werden. 2. Die Erleichterung der Einfuhr von ausländischem Fleische durch Änderung des Fleischbeschlages vom 8. Juni 1900, um vor allem dem als vortrefflich anerkannten und billigen argentinischen Gefrierfleisch den Zutritt zu ermöglichen. 3. Aufhebung beziehungsweise Ermäßigung der Zölle für Fleisch und Speck. 4. Herabsetzung der Eisenbahnfrachten für Vieh und Fleisch. 5. Zulassung von ausländischem Magervieh zu Mästungszwecken. Der Zentralausschuß nahm ferner Gelegenheit, die gegen den Wollschmuggel und das Fleischergerberie gerichteten Vorwürfe auf Unstiche oder das Maß des Notwendigen überflüssigen Besteuerung der Fleischpreise nachdrücklich zurückzuweisen. Er tut dies und vermag es auf Grund der eingehenden Untersuchungen, die zur Erläuterung der Unmöglichkeit der Durchführung einer solchen ungeschickten Verteuerung und damit die Haltlosigkeit aller in dieser Richtung gehenden Angriffe erwiesen haben. Der Zentralausschuß erblickt schließlich in der Fleischsteuerung in letzter Instanz eine weitere Folge der Erhöhung der Lebensmittelpreise und vermag deshalb eine durchgreifende Abschwächung der durch sie bewirkten Verteuerung der Lebenshaltung nur von einer entschiedenen und bei einer Erneuerung des Zolltariffs mit allen Mitteln anzustrebenden Reform der Lebensmittelpreise zu erwarten.

Die Regierung silt in einer hohen Klemme, wenn sie dagegen wirklich stichhaltige Gründe ins Feld führen soll. Zudem sie ein besonderes Wech in diesen Zeiten der Verteilungsnot verfolgt, und das zwar in Gestalt von Viehsteuern. Ein Hauptargument ist für die vernunftlose Abschperren der Grenzen für lebendes Vieh ja bekanntlich die aus dem Auslande drohende Seuchengefahr. Wenn nun in den ersten Oktobertagen die Meldung durch die Presse ging, daß die sächsische Regierung wegen der zunehmenden Maul- und Klauenseuche in Preußen den Transport von Klauenvieh aus den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pommeren, Schlesien, Brandenburg und Sachsen nach dem Königreiche Sachsen verboten hat, so ist das ein derber Schlag ins Kontor. Auch die Tatsache, daß zur selbigen Zeit diese Seuche vom Magervieh in Náchterberg bei Berlin und einem märkischen

Schopenhauer und die deutsche Sprache.

(Ein Nachwort zu seinem 50. Todestage.)

Wenn der große Einsame von Frankfurt heute noch lebte, müßte ihn der Allgemaine deutsche Sprachverein zu seinem Ehrenmitglied ernennen. Lange bevor Aufmann sein bekanntes Buch „Allerhand Sprachbuntheit“ schrieb, hat Schopenhauer, der nicht nur ein großer philosophischer Denker, sondern auch ein hervorragender Sprachkennner und glänzender Stilist war, gegen die „methodisch betriebene Verhöhnung der deutschen Sprache“ in herzerfrischender, drastischer Weise angekämpft.

Auch in anderer Beziehung sind seine Werke von großem Interesse. Wir möchten hier besonders hinweisen auf seine „Aphorismen zur Lebensweisheit“ und „Parerga und Paralipomena, kleine philosophische Schriften“. Sie sind sämtlich in Reclams billiger Universitätsbibliothek zu haben.

Für den Buchbruder sind von besonderem Interesse die Bemerkungen über Sprachen und über unsere Muttersprache. Besonders für den Korrektor wird ihr Studium von Nutzen sein. Um ein Bild von den Schopenhauerschen Ansichten und Anschauungen zu geben und die Kollegen anzuspornen, sich mit ihnen zu beschäftigen, ist nachstehend eine kleine Auswahl zusammengestellt worden, und zwar in der Originalschreibung von Arthur Schopenhauer:

Eine sße Idee hat sich aller deutschen Schriftsteller und Schreiber jeder Art, vielleicht mit wenigen, mir nicht bekannten Ausnahmen, bemächtigt: sie wollen die deutsche Sprache zusammenziehen, sie abkürzen, kompakter, knociser machen. Zu diesem Ende ist ihr oberster Grundsatz, überall das kürzere Wort dem gehörigen oder passenden vorzuziehen. Er wird bald auf Kosten der Grammatik, bald auf Kosten des Sinnes, dann also logikalisch, endlich und wenigstens auf Kosten des Wohlklangs durchgeführt, und zwar so, daß sie sich Gewaltthatigkeiten jeder Art gegen die Sprache erlauben: sie muß biegen oder brechen.

Empfindend ist es, die Deutsche Sprache zerstückt, zerzaust und zerfleischt zu sehen, und oben drauf den triumphierenden Inverstand, der selbstgefällig sein Werk belächelt; — während man bedenken sollte, daß die Sprache ein von den Vorfahren überlommenes und den Nachkommen zu hinterlassendes Erbschaft ist, welches man daher in Ehren halten und nicht muthwillig antasten soll.

So ein deutscher Schreiber nobler, „Jestzeit“ denkt, vorkommenden Falls, gar nicht, wie doch sein Englischer, Französischer oder Italiänischer Kamarad, hinsichtlich ihrer Sprache, unfehlbar thun, darüber nach, ob was er jetzt eben hinfegen will auch richtiges Deutsch, ja ob es überhaupt Deutsch sei: bewahr! solche Sorgen kennt man nicht mehr; ejusmodi nugas philosophus non curat, sondern jeder tintenklende Bohndube ist Herr und Meister über die Sprache, mobelt und macht sie nach seiner Willkür und seinem Halbthier-Beleben. Oder, regt sich etman eine Skrupel, so erinnert [er] sich, daß ein anderer Subler seines Gleichen ja so geschrieben hat: der ist ihm Cicero und Sallust. (Wenn an der schleimigen und allgemeinen Nachahmung, die jeder Schreiber findet, sieht man, daß sie sich gegenständig bewundern.) So schreibt er z. B. „gedanklich“ ein von ihm erstenporiertes Wort, dessen Sinn er uns zu ratzen giebt u. a. W. m.

Jeder Lumpenhand ist Herr über die Sprache, z. B. jeder der Schreiber über dem Adentisch entlaufene und in den Dienst eines Zeitungsschreibers übergegangene Bursche. Am tollsten treiben es die Zeitungen, zumal die süddeutschen, so daß man bisweilen zu glauben anfängt, sie perffixirten und parodixten die grassirende Sprachverbesserung. Allein sie meynen's ehrlich.

Ein (Wilhelm!) in den Heidelberger Jahrbüchern schreibt: „Ich trat in den Tempel, wo ich die Bildsäulen des Odin, Thor und Frey traf; — wonach man denken

sollte, er habe auf diese geschossen: aber es steht aus elender Buchstabenkuderei statt vorfand: wenn noch stände „antraf“, so glenge es allenfalls, wiewohl auch dies nicht richtig wäre, da es nur von zufällig anwesenden Personen gesagt werden darf, nicht aber von einem Gott in seinem Tempel. Wollt ihr eine ganze Seite sprachlich verhungern, damit sie eine Zeile weniger habe? Ist das Menschenverstand? — oder ist's Felsbuntheit?

„Beworthellung seiner Gläubiger“ statt Uebervertheilung. (Witzeit. 15. Juli 1868) — also schafft der Subler ein Unwort, um einen Buchstaben zu kurieren: so weit geht der Wahnsinn! Die deutsche Sprache ist in Gefahr: ich thue was ich kann, sie zu retten; bin mir aber dabei bewußt, daß ich allein stehe, einer Armee von 10,000 Narren gegenüber. — Bat what for that?

Das Studium brevitatis geht so weit, daß sie dem Teufel den Schwanz abschneiden und statt Mephistopheles schreiben „Mephisto“.

Die Wortverneidungswuth ist allgemein: das weiß ich; aber ihr sollt wissen, daß das Allgemeine dem Gemeinen gerade so nahe verwandt ist, wie beide Worte es einander sind: daher man vor der Allgemeinheit keinen Respekt haben soll, — vielmehr das Gegentheil. — „Wenn wir nur ein Paar Buchstaben kurieren, — da müßen Grammatik, Logik und Menschenverstand zum Teufel fahren!“

Die Vollkommenheit einer Sprache besteht darin, daß in ihr jeder Gedante genau und deutlich, mit allen seinen Nüancen und Modifikationen, sowohl auf grammatischem, als logikalischen Wege, ausgedrückt werden kann. Diese Vollkommenheit der deutschen Sprache zu rauben ist die Begier unserer hirn- und geschmacklosen Verballhornen derselben bemüht.

Mitterquale nach dem Berliner Zentralbischof übertragen worden ist, läßt die bebrängten Sachwalter der agrarischen Interessen ihres Lebens nicht froh werden. Der dem preussischen Landwirtschaftsminister wegen seiner ablehnenden Haltung zu den Forderungen des Deutschen Fleischerverbandes von der rheinischen Landwirtschaftskammer gezollte Dank wiegt wohl bei unsrer Regierungslenten schwerer als beispielsweise das energische Verlangen der bethischen Handelskammern nach Maßnahmen gegen den unbestreitbaren Zerrungszustand. Überdies agrarische Dank ist denn doch ein schwacher Trost, wenn die „Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes“ hauptsächlich in der erfolgreichen Durchführung des „bisherigen Grenzschutzes“ gemahelstet ist, wie es in der gnädigen Dankresolution der Rheinländer Westelbier heißt, und in demselben Augenblicke die Ernährung des deutschen Volkes durch ausgebreitete Seuchen unter dem heimischen Vieh nichts weniger als sichergestellt erscheint. Es geschieht ihnen aber ganz recht, den neuen und den alten Männern des glücklich verfahrenen Kurzes Bestmann Hüllweg. Was nicht alle Philosphie und was vermögen die heftigstbüglichen Betrachtungen über die gottgewollte Abhängigkeit — von den Agrariern natürlich in erster Linie — zu helfen, wenn nicht zur rechten Zeit ein erlösendes Wort sich einstellt?

Die bayrische Regierung, die das Engerschnallen des Schmachtheims nicht ganz so wie die Kollegin an der Spree als eine gottgewollte Übung ansieht, ist da auf einen rettenden Gedanken verfallen. Eine Entschlieung von ihr beginnt mit der für bestimmte Kreise und die Berliner Regierung im speziellen wohl wenig angenehmen Feststellung: „Die seit Jahren steigenden Vieh- und Fleischpreise geben Veranlassung, alle Mittel zu ergreifen, die eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen vermögen.“ Dann folgt aber eine (an die Handelskammern und den Industriellenverband in Bayern sich richtende) Unregung, die mehr als kurios zu nennen ist, da es sich doch um die Veseitigung eines außerordentlich schweren Mißstandes handelt. Mit der „weitgehenden Einführung der Rationierung“ unter der Arbeiterbevölkerung“ der immer größer werdenden Fleischskamität feuern zu wollen sowie mit der „Begünstigung der Ziegenhaltung“ bei den Arbeitern der drohenden Steigerung der Milchpreise begreifen zu können, ist zum mindesten ebenso sonderbar als der „Vorschlag zur Güte“ des Leipziger Oberbürgermeisters, den Spring im Haushalte des Arbeiters mehr zu Ehren kommen zu lassen. Das Karndel und den Harung als wohlfeile Nahrung, Ketter und Erklärer aus der Fleischnot preisen zu hören, ist auch ein Beweis, wie hilflos angefaßt der unerschütterlichen Haltung der Regierung von Preußen-Deutschland wohlmeinendere amtliche Stellen der gegenwärtigen Situation gegenüberstehen. Für das die körperliche Leistungsfähigkeit des schwer arbeitenden Manns am besten erhaltende Fleisch gibt es eben keinen ebenbürtigen Ersatz. Über die Vorschläge und Wünsche der bayrischen Regierung, in welcher Weise die Industrie den Arbeitern das Kalten und die Zucht von Rindern und Ziegen erleichtern könnte, ist daher einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Wenn man die lendenlähmenden Entgegnungs- und Veseitigungsversuche der als Sprachrohr der Regierung dienenden „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ neuestens liest und hält dagegen, was die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer Nummer vom 1. Oktober wieder zur Fleischnot und Fleischsteuerung schreibt, dann muß man das offiziöse Organ einfach behauern über den Mangel an Mut und Schneid. Die treffliche „Westdeutsche“, die bezeichnenderweise auf die „Vereinsführung“ der „N. V. Ztg.“ nicht wenig Gewicht legt, bringt es — nicht zum ersten Male! —

fertig, dem „partei- und interessenpolitischen Presselampf“ eine nicht geringe, wenn nicht die größte Schuld an den abnorm hohen Fleischpreisen zuzuschreiben. Auch „von einem Fleischmangel in dem in den letzten Wochen behaupteten Umfange“ könne keine Rede sein. Wie sich dieses wadere Arbeiterblatt mit der Tatsache absindet, daß auf dem Berliner städtischen Viehstall, dem größten in Deutschland, im dritten Vierteljahre 1910 8574 Rinder, 11369 Kühe und 13540 Schafe weniger aufgetrieben worden sind als im gleichen Zeitraum von 1909, das Mehr von 23767 Schweinen im letzten Quartale d. J. aber den Ausfall doch gar nicht zu decken vermag, das möchte wir wirklich wissen. Daß dieser Minderertrieb von Klauenvieh eine weitere Preissteigerung zur Folge haben muß, ist ohne weiteres einzusehen, wenn die „Westdeutsche“ auch noch so sehr mit andren und mitunter recht gewagten Gründen argumentiert. Die in Berlin bezahlten Mittelpreise für 100 Kilogramm Schlachtkörper betziffern sich nämlich für das verflozene Vierteljahr für: Rinder im Juli 143,40 Mk. (1909: 121,80 Mk.), im August 142,75 Mk. (124,56 Mk.) und im September 143,50 Mk. (120,50 Mk.); Kühe im Juli 183,77 Mk. (158,22 Mk.), im August 187,22 Mk. (167,25 Mk.) und im September 194,37 Mk. (166 Mk.); Schafe im Juli 145,66 Mk. (144,55 Mk.), im August 147,55 Mk. (146,50 Mk.) und im September 153,87 Mk. (145,11 Mk.); Schweine im Juli 128,22 Mk. (134,22 Mk.), im August 129,22 Mk. (140 Mk.) und im September 131,50 Mk. (143,11 Mk.). Es sind also ganz beträchtliche Erhöhungen der Viehpreise auch für das dritte Viertel für 1910 zu verzeichnen. Bei den Schweinen machten sie sich indessen wenig bemerkbar. Die für Arbeiter lebighs ihrem Namen nach bestimmte „Westdeutsche“ wird jedoch röh der von ihr so bekämpften parti- und interessenpolitischen Ausbeutung der unerschwinglichen Fleischpreise von dem „höheren“ Standpunkte der Parteilichkeit aus sich weiter an den Arbeiterinteressen verständig und die neudutsche Zoll- und Steuerwirtschaft als der Weisheit letzten Schluß sowie die Förderung der Agrarierinteressen als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Und auch unter den Vuchdruckeri Deutschlands macht sich ein kleiner Teil zum Nachbeter eines solchen Arbeiterblatts und dankt ihm inbrünstig die für den Gutenbergsund so häufig überkommene Berteiligung gegen unsre Organisation! Ein Trauerpiel der Verständnislosigkeit einer, der Gesinnungslosigkeit andererseits.

In Österreich hat die Arbeiterschaft durch einen imponanten Aufzug durch die Straßen von Wien am ersten Sonntag im Oktober gegen die Lebensmittelsteuerung und den Fleischwucher demonstriert, das dieses Nachbarland deutscher Junge ebenfalls unter einer extrem-agrarischen Zolpolitik seufzt. Im lieben Vaterlande muß es nach einem andren Rezept gemacht werden und geht auch anders.

Die Bewegung gegen die Fleischsteuerung, die weit weit über die Preise der Arbeiterschaft hinausgegangen ist, darf nicht erlahmen und wird nicht nachlassen, denn die Fleischpreise steigen fortgesetzt und immer bedeutlicher. Daß sie auch bedeutsame Vohnkämpfe im Gefolge haben werden, erscheint uns so unausbleiblich, je dochbeingiger die von allen guten Göttern verlassene Reichsregierung sich zeigt gegenüber dem allgemeinen Schrei nach Abwehrmaßnahmen.

Welche Gautelei und Kostäufcherpolitik getrieben wird mit der bis zum Überdruße gehörten Vehlauptung, die deutsche Landwirtschaft würde zugrunde gehen, wenn sie nicht mit solchen (auf Kosten der Allgemeinheit gehenden) Schutzmaßregeln bedacht werden würde, erhellt geradezu klaffend aus dem früheren Standpunkte der

preussischen Konservativen. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wollten nämlich die preussischen Zunker noch nichts von Schutzzöllen wissen. Die deutsche Landwirtschaft war ja damals noch exportfähig. Da haben denn die heutzutage mit Schutzzöllen und Protektionsmaßnahmen nicht satt zu bringenden Konservativen bei einer Wahl in zahlreichen Kreisen ein Flugblatt verteilt, das förmlich mit Keulenschlägen ihre sehtigen netten Grundbühle tötschlägt. Man höre nur:

Die konservative Partei will die Steuern und Lasten des Landes nicht erhöhen, sondern möglichst vermindern. Preußen braucht billiges Salz und billiges Brot, billiges Fleisch, billige Wohnungen und billige Kleidungsstücke. Wir brauchen einen unbelästigten Handel und Verkehr sowie Verkehrswege, freie Schifffahrt und wohlregulierte Wasserstraßen! Wir müssen also die Erzeugung von Rohstoffen und die Verarbeitung derselben, den Grund und Boden, die Arbeit, die Fabrikation, überhaupt die Produktion von Steuern bestreuen, damit wir uns selbst und dem Auslande billige Ware liefern können; wir müssen das Notwendige billig machen und den Luxus verteuern, das Unentbehrliche von Abgaben befreien, und das überflüssige die höheren Steuern legen. . . Schnaps, Wein und Tabak können also teuer sein; Brot, Fleisch, Wohnung und Brennmaterial müssen billig sein.

Was die preussischen Konservativen jetzt treiben, ist das strittste Gegenteil davon, ein geradezu blutiger Hoßn auf ihren vernünftigen Standpunkt von damals. Aber er muß wieder herbeigeführt werden, muß wieder auch bei den Negierenden als Pflicht anerkannt werden, was das Interesse der Volksallgemeinheit zu tun gebietet. Denn was dieses alte konservative Flugblatt besagt, ist Verunst, bewegt die Wohlfaht aller und eine gerechte Verteilung der Lasten. Was wir aber jetzt haben, ist Unnatur, Ungerechtigkeit, traurige Ökonomie und Interessenwirtschaft. Ihr gete unsre nachdrücklich und unablässige Vekämpfung!

Korrespondenzen.

r. Mgen (Rheinl.). Die am 25. September abgehaltene Ortsvereinsversammlung war erfreulicherweise seit langem wieder einmal vollzählig besucht. Unser Bezirksvorsteher Conrabt (Mainz) hielt einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Situation im Gewerbe und unsre nächsten Aufgaben“. Den fast einestündigen lehrreichen Ausführungen wurde mit größter Aufmerksamkeit gefolgt und dem Redner am Schlusse wohlwollender Beifall gezollt. Mogen sich auch in Zukunft die Ortsvereinsversammlungen eines ebenso guten Besuchs erfreuen!

H. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenseherverein.) Die am 2. Oktober abgehaltene, von mehr als 200 Kollegen besuchte Quartalsversammlung ehrte in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Kollegen Bestico. Die Auslandsnotiz betreffend die australischen Maschinenseher hatte einigen Kollegen Veranlassung gegeben, den Vorstand zu ersuchen, dahin zu wirken, daß derartige Notizen lieber unterbleiben. Diesem Wunsche schloß man sich nicht an, sondern machte sich den Standpunkt der „Korr.“-Redaktion im Bericht aus Plauen zu eigen. Der durch die beabsichtigte Gründung eines Techniums bekannt gewordene Kollege Gium, der sich in einer Erwiderung an die Redaktion seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit rühmte, hat davon einen glänzenden Beweis geliefert: trotz der in Berlin liegenden Konstitutionslosen verfertigte er seine wöchentl. 43stündige

Gegen Katophonie sind sie so unempfindlich, wie Ambosse, stoßen daher gern so viele Konsonanten, wie nur irgend möglich, auf einander, und am liebsten solche, die sich zusammen kaum aussprechen lassen: z. B. statt Beleuchtungsbedient — „Beleuchtbedient“. Wenn sie nur wüßten, wie die deutsche Sprache klingt, in den Ohren dessen, der sie nicht versteht und deshalb den Klang allein hört! Ich weiß es. —

Ohrr gerreiffene und maufverzerrende Härten: „Felsgut, Felbring, Felswand, Felsgrund“ und statt Langequelle, „Langweil“. —

Man sollte so einen Buchstabenkicker daguerrottypiren, während er Langweil ausbeilt, um zu sehen, wie die gehäufften Konsonanten sein thierisches Maul verzerrten. —

Gemsgagd, Felswand, freudlos: die weggelassene Silbe bezeichnete den Genitiv; zudem fühlten die Herrn Dicksch & Comp. nicht, daß das weggelassene n als liquida die Stelle einnehmen kann, welche der gewöhnliche Konsonant katophonisch macht. —

Die Kniffe und Schläge, zu welchen unsre Druckschreiber greifen, um eine einzige Silbe zu ersparen, sind oft belustigend z. B. statt „es scheint, daß er vergessen hatte“ schreibt so Einer: „er hatte, scheint's vergessen“, ohne daß die Kataphonie scheint's sein dides Ohr verleihe. —

Die Wurzel des Liebes ist, daß unsre Sprachverbesserer nicht eigentlich und ordentlich das Latein inne haben, denn bloß durch Lateinschreiben lernt man Respekt vor der Sprache haben, den Werk und Sinn der Worte erwägen (mit dem Latein läßt sich nicht so umpringen). Latein lernen heißt die menschliche Sprache überhaupt kennen lernen. —

In der Postzeitung vom 16. Juni 1857 heißt es: „Die Königin war durch die Zeitschrift N. N. auf die Mängel einer Kirche und einer Schule in zwei Gemeinden hingewiesen“, — hierbei wird nun Jeder denken, die besagten Anstalten wären fehlerhaft gewesen; — aber

aus dem Sinn geht hervor, daß Ermangelung gemeint ist. Daß deutsche Zeitungen elendes, fehlerhaftes Deutsch schreiben, ist alltäglich und keiner Erwähnung wert; aber wir haben hieran ein richtiges Muster-Veispiel und Prototyp der Folgen der Silbentüberei und Buchstabenzählerei, und darum führe ich es an: denn nicht nur ist etwas Anderes gesagt, als gemeint war; sondern indem jetzt, dieser Sprachökonomie gemäß, zwei disparate Begriffe durch das selbe Wort bezeichnet werden, wird die Sprache der Verarmung entgegengesetzt: von zwei Wörtern, welche sie zur Bezeichnung zweier Begriffe hatte, wird ihr nur eines, natürlich das kürzere, gelassen, welches jetzt für beide dienen soll, wobei denn der Leser jedes Mal ratzen mag, was gemeint sei. Und so verfahren unsre nichtswürdigen Sprachverbesserer in 100 Fällen.

Zu den Gallicksmen gehören:

Von, als Vlativo statt des Genitivs. Ist das Französisch de. Dito statt aus: z. B. von Berlin.

Von“ ist für sie die Uebersetzung des Französischen de und kam daher überall im Deutschen fern, wo dieses im Französischen. Nun aber muß in diesen bettelhaften romanischen Jargon das de so wohl den Vlativo, als den Genitiv verstehen; weil nicht, wie im Italienischen, jener durch da, dieser durch di ausgedrückt wird: das Französisch ist aber im Stillen doch ihr bean ideal; daher wird nun im Deutschen der Genitiv durch von ausgedrückt, obgleich „von“ im Deutschen unividerussisch den Vlativo bezeichnet, wie da im Italienischen.

Ich bin weiltäufig gewesen und habe geschulmeister, wozu ich wahrlich mich nicht hergebenen haben würde, wenn nicht die deutsche Sprache bedroht wäre: an nichts in Deutschland nehme ich größern Anteil, als an ihr; sie ist der einzige entscheidene Vorzug der Deutschen vor

andern Nationen, und ist, wie ihre Schwestern, die Schwedische und Dänische, ein Dialekt der Gotthischen Sprache, welche, wie die Griechische und Lateinische, unmittellbar aus dem Sanskrit stammt. Eine solche Sprache auf das Muthwilligste und Stinlofeste mißhandeln und lapidieren zu sehen von unmissenden Sublern, Vohnschreibern, Vuchhändler-Vbildingen, Zeitungsberechtern und dem ganzen Gelichter des Federviehs, ist mehr, als ich schweigend ertragen konnte und durfte. Will die Nation nicht auf meine Stimme hören, sondern der Autorität und Praxis der eben angeführten folgen; so ist sie ihrer Sprache nicht würdig gewesen.

Ich fordere alle denkenden Schriftsteller auf, dieses ganze unverfändliche Kreiben ausdrücklich und absichtlich zu verschmähen, also stets das bezeichnende und treffende Wort zu wählen, unbedünkelt, ob nicht etwan ein anderes, von ungenähr ähnllicher Bedeutung und mit zwei Buchstaben weniger, vorhanden sei; sodann der Grammatik liberal, besonders in Betreff der Tempora, Kasus und Präpositionen, ohne Knickerei, ihr volles Recht widerfahren zu lassen; überhaupt niemals Silben und Buchstaben zu zählen, sondern dies dem unwissenden Litteratenpad zu überlassen; — auf daß wir, neben dem eßelbriigen Jetztzeit-Jargon der Buchstabenzähler noch eine Deutsche Sprache behalten. Denn mit der Korruption einer Sprache ist es eine gefährliche Sache; ist sie einmal eingerissen und in Schrift und Volk gebunden, so ist die Sprache nicht wieder herzustellen; so wenig wie ein durch Verwundung gelähmtes und geheiltes Glied. —

Daß ein Mann, der so schrieb, auch mit den Segnern oft in Konflikt geraten ist, besonders wegen der Orthographie, wird man sich nach diesen Proben leicht vorstellen können. Über seine Ausführungen haben noch heute die gleiche Verechtigung wie vor 60 Jahren, als der große Denker noch unter den Lebenden weilte.

Arbeitszeit durch Überstunden um die Hälfte! An Stelle des nach Hannover verzogenen Kollegen Heitfelder wurde Kollege Otto Buhle in die Zentralkommission gewählt. Die Diskussion über das Braunschweiger Referat: „Die Generalversammlung und die Sparten“ ergab Übereinstimmung mit dem Referenten. Doch wurde ganz besonders hervorgehoben, daß wenn die Sparte, ihre Wünsche der Erfüllung näherbringen möchte, sich die Mitglieder auch dementsprechend verhalten; denn die in der Versammlung zur Sprache gebrachten Fälle sind alles andere eher als: unsere Bestrebungen förderlich. — Nächste Versammlung 6. November.

F.-Ch. Essen. Wie ein „Instrument des Himmels“ wirkte der Artikel des Kollegen Kraß in Nr. 111 des „Korr.“. Der durchdringende Ton hatte einen großen Teil unserer Schläfer geweckt und ließ sie in Scharen unsere letzte Versammlung am 28. September besuchen. Etwa 180 Mitglieder waren erschienen — alt und passiv. Solch eine gut besuchte Versammlung hatte der Vorstand seit Jahren nicht mehr gesehen. „Ach, wenn es doch immer so bliebe!“ Unser Vereinswirt, der die übliche Zahl Stühle und Tische in den Versammlungsaal gestellt, sah sich zu seinem größten Erstaunen veranlaßt, immer neue Sitzgelegenheiten zu schaffen. Der gute Besuch ließ in uns den sehnlichsten Wunsch aufkommen, daß sich die übrigen passiven Mitglieder auch baldigt zu aktiven entwickeln müßten. Möge unser Optimismus sich nicht wieder in Pessimismus verwandeln! Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen, Aufnahme zweier Kollegen und Ausschluß eines Gewerkschaftsreferenten sowie der Gewählung eines der Bibliothekare hielt Kollege Albrecht aus seinem Vortragszyklus das dritte Referat, betitelt: „Die Entwicklung der freien Gewerkschaften unter der Generalkommission“. Aufmerksam folgte die Versammlung den interessanten Ausführungen, die für viele Neues und Interessantes brachten. Reicher Beifall lohnte dem Referenten am Schlusse seines Vortrags. Der vierte Punkt der Tagesordnung: Anträge der Bibliothekskommission sowie des Männerquartetts „Typographie“, fand insofern seine Erledigung, daß der Bibliothekskommission und der „Typographie“ je 100 Mk. bewilligt wurden. Der Vorstand hatte für die Sänger nur 50 Mk. vorgeschlagen, wurde aber von der Versammlung — als ein Resultat ihrer außergewöhnlichen Stärke — „vergewaltigt“, und dem krampfhaft verschlossenen Säckel unseres Schatzmeisters die doppelte Summe 1. entziffen. Der Antrag auf Verlegung der Versammlungsabende von Samstag auf Mittwoch wurde gegen einige Stimmen angenommen. Schon vor einiger Zeit hatte man die Versammlungsabende auf Mittwochs verlegt und wiesen die Versammlungen an diesem Tag auch einen relativ besseren Besuch als Samstags auf. Später brachten aber einige größere Druckereien den Antrag ein, die Versammlungen wieder auf den Samstag zu verlegen, da sie dann „besser könnten“. Der Antrag wurde auch angenommen. Zwischen dem Können und Wollen schien aber keine Harmonie zu herrschen, denn die „dann besser Können“ kamen doch nicht. Da auch genügend stichhaltige Gründe in zeitungstechnischer Beziehung für die Mittwochsversammlungen vorlagen, ließ der neue Antrag auf gar keinen großen Widerstand.

S. Gera. Am 28. September konnte die Firma Fißahn & Habenicht, G. m. b. H., in deren Verlage das „Geraische Tageblatt“ erscheint, auf ein 25 jähriges Bestehen zurückblicken. Das gesamte Personal der Firma versammelte sich im Rotationsmaschinenhalle, wo auch die beiden Geschäftsführer Ohlmann und Harnisch sich eingefunden hatten. Kollege Hagen überreichte ihnen eine Glückwunschadresse sowie eine vom Personale gestiftete Festkrone. Die Vertreter der Firma dankten für diese Ehrung und erfreuten jeden Angestellten — auch die Schörlinge — durch ein Gelbgeschenk. Am gleichen Tage konnten aber auch Herr Robert Harnisch, Metteur Heinrich Keller und Korrektor Werner Weller auf eine 25 jährige Tätigkeit bei der Firma zurückblicken. Zum Andenken an diesen Tag erhielten die Jubilare von der Firma eine goldene Uhr sowie von ihren Mitarbeitern ein sinniges Geschenk. Am Abend des 1. Oktober vereinigte im Stabliement „Heinrichsbrücke“ ein Festessen Gesellschafter, Geschäftsleitung und Personal. In seiner Festrede gedachte Herr Ohlmann der beiden verstorbenen Gründer der Firma, Joseph Fißahn und Clemens Habenicht, hob das gute Einvernehmen, das zwischen Leitung und Personal herrscht, hervor, und wünschte, daß es fernerhin nicht nur weiter so bestehen, sondern noch inniger und herzlicher werden möge. An die Festtafel schloß sich ein gemüthliches Tanzchen.

B. Bezirk Hannover (Land). Die Herbstbezirksversammlung am 25. September im „Reglerheim“ in Hannover war laut Präsenzliste von 44 Kollegen besucht. Bei der Anzahl von 65 Mitgliedern im Bezirk und der allseitig vorzüglichen Wohnverbindung ist diese Besuchszahl keine besonders gute zu nennen. Unter „Mitteilungen“ berichtete der Bezirksvorsitzende W. Rosenbruch, daß die in der vorigen Bezirksversammlung in Springe laut einstimmig gefaßtem Versammlungsbeschlusse für die derzeit ausgesperrten Bauarbeiter bewilligten 50 Mk. sofort an das Gewerkschaftsamt in Hannover abgeführt sind, während die für denselben Zweck zur Verfügung gestellten weiteren 50 Mk. der Beendigung der Aussperrung wegen nicht mehr zur Auszahlung gelangten. Die Hofbuchdruckerei Grimme in Willeburg hat den Tarif anerkannt. Ferner konnte der Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen, daß nunmehr auch in Neustadt a. Mb. der Verband seinen Einzug gehalten hat. Hoffentlich gelingt es, im Bezirke Hannover (Land) wenn auch langsam, so aber doch ständig weiter vorzudringen.

Troß aller Bekanntmachungen finden, sich immer noch Kollegen, die es nicht für nötig halten, bei Konditionswechseln an einen andern Ort bei dem betreffenden Gauvorsitzer anzufragen. Ein solcher Fall ist im Bezirke Hannover, und zwar in der Farbenfabrik in Celle, passiert. Die Versammlung stellte sich denn auch auf den Standpunkt, daß der betreffende Kollege die Konsequenzen zu tragen habe und kein Umzugsgeld bekommen dürfe. Sodann wurde ein Antrag Hamelns, daß der Bezirksrat möglichst halbjährlich stattfinden soll, angenommen. Bemerkenswert ist noch, daß in Hameln der Gutenbergbund seine Tariftreue dadurch beweist, daß zwei seiner Mitglieder in der tariffreien Druckerei von Niemeier ihr Leben fristen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde wieder Hannover gewählt. Zum Schlusse wurde vom Kollegen G. Pfingsten ein Vortrag über „Die deutschen Buchdrucker und die allgemeine Arbeiterbewegung“ gehalten. Lobend anerkannt werden soll, daß Kollege Pfingsten es in seinem einfindigen Vortrage verstand, trotz der sehr vorgerückten Zeit sämtliche Anwesende zu fesseln. Ein Schlusse des Vortrags wurde ihm seitens des Vorsitzenden der Dank der Versammlung ausgesprochen. Mit dem Hinweis auf die kommende Zeit und der Mahnung, stets treu zur Fahne des Verbandes zu halten, schloß der Bezirksvorsitzende die Versammlung.

Neubabelsberg. (Vierteljahrsbericht.) Auch im verflochtenen Vierteljahr war es den Kollegen vergönnt, einige interessante Vorträge zu hören, und zwar sprach am 16. Juli in einer gemeinsamen Sitzung der Ortsvereine Potsdam und Neubabelsberg unser Gauvorsitzer Hannack (Stettin) über: „Die Situation im Buchdruckgewerbe im Hinblick auf die nächstjährige Tarifierung“. Referent führte den mit lebhaftem Beifalle dankenden Kollegen die vorherrschende Situation vor Augen und ermahnte die Kollegen, durch Einigkeit den Verbandsinteressen zu dienen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt; wohl ein Zeichen, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war. Des weiteren hielt uns der Sekretär Ritter (Berlin) ein außerordentlich lehrreiches Referat über: „Die moderne Sozialpolitik“. An Hand von Beispielen aus dem täglichen Leben verstand es der Referent, die Zuhörer in eineinhalbstündigen Ausführungen zu fesseln und wurde ihm am Schlusse seiner Darlegungen der Dank der Versammlung zuteil. — Es wäre sodann zu erwähnen, daß es unsere Bestrebungen gelungen ist, drei in Wannsee konditionierende Kollegen dem Verbandsbezug zuzuführen, desgleichen erfolgte auf Vorschlag der Kollegen die schriftliche Tarifierung der Buchdruckerer Müllerer (Wannsee). Sehr wünschenswert wäre es, wenn sich alle Kollegen mehr um das Wohl des Ortsvereins kümmerten. Sind doch die — auch allerinteressantesten — Versammlungen von höchstens 50 Pro. besetzt. Die Bibliothek wird in befriedigender Weise von den Kollegen in Anspruch genommen. Unser vor etwa zwei Jahren gegründete Graphische Klub zählt zurzeit 25 Mitglieder. In regelmäßigen Sitzungsabenden werden allseits auch technische Fragen erörtert und hierdurch namentlich den jüngeren Kollegen Gelegenheit geboten, ihr technisches Können zu erweitern. Der Ortsverein zählte am Schlusse des Quartals 79 Mitglieder. — Am 1. Oktober veranstaltete unser Ortsverein sein erstes Stiftungsfest in Gestalt eines Herrenabends, der in schönster Harmonie und unter fast vollzähliger Anteilnahme der Kollegenschaft begangen wurde.

Radolfzell. Die letzte Versammlung unseres Ortsvereins hatte sich insofern Abreise des bisherigen Kassierers und stellvertretenden Vorsitzenden Edelmann wiederum mit Vorstandswahlen zu beschäftigen. Nach kurzer Diskussion über die gegenwärtige Lage des Ortsvereins wurden die Kollegen Ströbel als Vorsitzender und Kaiser als Kassierer gewählt, die das Amt am 1. November. Dadurch sind diese Posten wieder in Sinn aller Kollegen besetzt, was beweist, daß man bestrebt war, die feineren Disziplinen, die zur Amtsniederlegung des Vorsitzenden führten, zu beseitigen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden lokale Angelegenheiten erledigt und dem ausscheidenden Kollegen Edelmann für seine vierjährige Tätigkeit als Kassierer der Dank des Ortsvereins ausgesprochen. An die Versammlung schloß sich ein gemüthliches Zusammensein. Es waren alle Verbandsmitglieder anwesend.

c. Rendsburg. Am 1. Oktober beging der Buchdruckerbesitzer Kommissionsrat H. Müller das fünfzigjährigen Jubiläum als Inhaber des „Rendsburger Wochenblatt (Tageblatt)“. Aus Anlaß des Jubiläums wurde dem gesamten Personal eine freundliche Liberalität zuteil, indem jedem einzelnen bei der letzten Lohnzahlung größere oder kleinere Gelbgeschenke mit eingehändigt wurden.

Rundschau.

Eine erfreuliche Einsicht bewies die Buchdruckerei des „Generalanzeiger“ in Halle a. S. durch Neuregung der Lohnverhältnisse des Personals. Es erhielten 14 Kollegen eine wöchentliche Zulage von 3 Mk., 13 eine solche von 2 Mk. und 11 Kollegen eine Mark. Der Höchstlohn beträgt jetzt 35 Mk. Neueintretende erhalten jährlich eine Mark Zulage, bis sie den Höchstlohn erreicht haben. Ferner erfolgte noch eine Ferienverweigerung, indem die über zehn Jahre im Geschäft Tätigen künftig neun Tage Urlaub erhalten.

„Ausbildung und Anstellung für künstlerischen Schriftsatz“ will jungen Damen ertheilen und damit einen neuen Frauenberuf eröffnen ein gewisser Hans Weidenmüller in Leipzig. „Werkstatt für neue deutsche

Wortkunst“ nennt er sein Unternehmen. Wir müssen gestehen, es wird uns etwas schmil zumute, wenn wir uns eine Wortkunstwerkstatt vorstellen sollen. Von Kunst dürfte hier wohl weniger zu sprechen sein als von Kunstlei. Die ja denn auch ein Kennzeichen unsrer Tage ist, indes wahre, große Kunst immer seltener wird. Daß im Buchgewerbe schon genug oder richtiger gesagt zu viel gekünstelt wird, dürfte wohl nicht bestritten werden. Nun noch die Wortkunstmeister! Weiter fehlt uns dann gewiß nichts mehr. Es kann zugegeben werden, daß manchem Druckfachbesteller die allernotwendigste Fähigkeit ermangelt, den Text seines Auftrags auch nur einigermaßen so zu figurieren, daß damit etwas anfangen ist. Solchen Leuten muß an die Hand gegangen werden. Das haben die Druckereien bisher ganz gut bewerkstelligt. Wenn nun das moderne Geschäftsleben auch hier nicht ohne einen „künstlerischen Beirat“ auskommen vermag, so läßt man es sich schließlich noch gefallen, wenn ein sich darauf verlegenden und vor allen Dingen dazu qualifizierter Jemandem daraus einen Erwerb macht. Aber einen neuen Frauenberuf damit entdecken und zur Einführung bringen zu wollen, heißt nichts andres, als das Buchdruckgewerbe mit den unerbaulichsten Skizzen für alle Arten von Druckerarbeiten zu beglücken. Was diese jungen Damen da zusammenphantasieren würden, könnte gewiß jedem Kfzbesitzer die Haare zu Berge steigen lassen. Wir haben Kollegen genug im Kfzbezirke, die durch eifriges, fortgesetztes Streben ihren Arbeiten wahrhaft künstlerischen Charakter zu geben vermögen und die mit der Textbildung besser umzugehen vermögen, als die Köpfschen auch der hellsten jungen Damen selbst in längerer Zeit es verstehen lernen. Für tüchtige Männer vom Fache sind die Skizzierprodukte einer solchen jungen Dame starke Zumutungen. So lange Herr Hans Weidenmüller seine Wortkunst noch allein betrieb, mochte es angehen. Jetzt aber, wo seine Geschäftstüchtigkeit auf das hier erörterte Projekt verfallen ist, möchte man ihn in seinem eignen Interesse zurufen: „Baj! ab, Baj! ab, o laße ab!

Ein neues Gutenbergsdenkmal in Gestalt einer Herme unfers Altmeisters ist vor kurzem im Besessenen der Stadtbibliothek zu Dresden zur Aufstellung gelangt. Es stellt ein Geschenk der Dresdener Buchdruckerinnung zur Aufschwüchung des neuen Rathauses dar und ist ein Werk des Bildhauers Ernst Paul in Dresden.

Die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe in Krefeld brachten den freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg. Ihre Liste vereinigte 1260 Stimmen, während sich die „Christen“ mit 969 Stimmen abfinden lassen mußten.

Eine Kommission zum Studium der Arbeitslosenversicherung hatte im letzten Frühjahr das Stadtverordnetenkollegium zu Elberfeld eingesetzt. Diese Kommission hatte beschließen, für Elberfeld die Einführung des Genter Systems in Verbindung mit einer Versicherungskasse für nichtorganisierte Arbeiter zu empfehlen. Die dortige Handelskammer aber, die um Abgabe eines Gutachtens ersucht worden war, empfahl die Ablehnung des im Interesse der Arbeiter gelegenen Projekts, weil für Elberfeld ein dringendes Bedürfnis nach Einführung der Arbeitslosenversicherung nicht vorliege. Einen bequemen Vorwand zur Ablehnung der wichtigen sozialen Aufgabe erblickte die Handelskammer im Fehlen eines den Elberfelder Arbeitsmarkt beherrschenden Arbeitsnachweises. Nun haben die Stadtverordneten das letzte Wort in der Sache zu sprechen.

Im Laufe der nächsten Session des Reichstags beabsichtigt die Reichsregierung den Entwurf zu einem neuen Patentgesetz durch Veröffentlichung der allgemeinen Kritik zu unterbreiten. Die endgültige Beschlußfassung über das neue Gesetz soll, wie verlautet, erst in der nächsten Gesetzgebungsperiode erfolgen.

Die christlichen Zersplitterer einer einheitlichen Arbeiterbewegung versuchen jetzt auch die Genossenschaftsbewegung ihren Zwecken dienstbar zu machen. Die M. Glabacher „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ erachtet es als selbstverständlich, daß wie auf gewerkschaftlichem Gebiete, so auch auf genossenschaftlichem: die christlichen Arbeiter ihre eignen Wege gehen. Es genügt den christlichen Herren also nicht, daß sie bereits in der Gewerkschaftsbewegung die Stoßkraft der Arbeiterschaft durch ihre Zersplitterungsgelüste abzuschwächen bestrebt sind, es muß auch die Genossenschaftsbewegung dazu herhalten. Während aber die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ durchblicken lassen möchte, als ob lediglich die Annäherung der Konsumgenossenschaften an die Sozialdemokratie das Absonderungsbestreben der Christen diktiert, nicht die Gefahr für das Kapital, äußerte sich das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ über das Verhältnis der letzteren zur Konsumvereinsbewegung wie folgt: „Wie die christlichen Arbeiter in der Gewerkschaftsfrage sich von der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung separiert haben, so waren sie auch veranlaßt, ihre eigene Konsumvereinsbewegung zu schaffen. Der allgemeinen Konsumvereinsbewegung kann man zwar im allgemeinen nicht nachsagen, daß sie der sozialdemokratischen Propaganda diene wie die freie Gewerkschaftsbewegung. Es hängt hier vieles von den lokalen Verhältnissen ab, und diese lokalen Verhältnisse bringen es nur zu oft mit sich, daß die Konsumvereinsbewegung der sozialdemokratischen Vorstoß leistet. Wie dem aber auch sein mag, die in den letzten Jahren entstandene Konsumvereinsbewegung der christlichen Arbeiter will möglichst ihre eignen Wege gehen.“ Also Zersplitterung aller Mäßigkeitsbestrebungen der Arbeiter (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 8. Oktober 1910.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Nr. 117.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

um jeden Preis! Ebenso wie auf dem Gewerblichkeitsgebiete, werden die „Christen“ ihren neuen Wirkungskreis indessen nur auf solche Arbeiter auszudehnen in der Lage sein, die nicht wissen, was sie wollen.

Terrorismus auf Arbeitgeberseite. Weil angeblich die Arbeiter „immer frecher würden“, glaubte die Leitung der Rastatter Waggonfabrik sich nicht anders helfen zu können, als durch einen „Revers“ die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter aufzuheben. Dieser den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegte, gegen die guten Sitten verstößende Revers hat folgenden Wortlaut: „Wir unterzeichneten Arbeiter erklären hiermit wahrheitsgemäß, daß wir keiner Organisation angehören und daß wir an ausgesperrte oder ausständige Arbeiter keine Unterstützung zahlen oder zahlen werden. Wir wissen, daß wir etwaige Folgen voll und ganz zu tragen haben.“ Es spricht aus diesem Ullas eine Brutalität sondergleichen. Man darf gespannt darauf sein, was die bawische Regierung zu solchem Treiben sagt. Der Landtag hat nämlich seinerzeit beschloffen, nur die Firmen zu berücksichtigen, die das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkennen.

Die Straßenunruhen in Moabit haben ihr Ende erreicht, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen zu sein scheint, daß die Polizei ihre Machtenfaltung mehr und mehr einschränkte. Dagegen bemüht sich nun die Unternehmerrasse in geradezu widerlicher Weise, aus den ganzen traurigen Vorfällen für sich Kapital zu schlagen, indem sie daraus die Notwendigkeit einer neuen Zuchthausvorlage gegen die Arbeiterschaft zu begründen sucht. Die Tatsache, daß selbst vier englische Journalisten, die nur als Berichterstatter ausländischer Blätter sich durch eigene Anschauung ein Bild über die Haltung der Bevölkerung und der Polizei im Stadtteile Moabit machen wollten, von der Polizei ohne jeden Grund mit Säbeln und Gummiknüeten übel zugerichtet wurden, kann darum nur als ein ganz besonderes Glück betrachtet werden. Denn dadurch ist der „schlagendste“ Beweis für die Koppligkeit der Polizei gegeben, wie er von Arbeitern wohl zur Genüge erbracht werden könnte, aber niemals anerkannt würde. Daß nun gerade ein großer Teil der bürgerlichen Presse diesen „Fall“ möglichst schnell und schmerzlos für die Berliner Polizei aus der Welt schaffen möchte, ist mehr als bezeichnend. Nach neuerlichen Meldungen bemühen sich Berliner Schulleute, namentlich ältere Beamte, ihr Vorgehen zu rechtfertigen gegenüber der Erbitterung und Entrüstung der Bevölkerung von Moabit. Trotzdem die Befehle „von oben“ so streng gewesen sein sollen, hätten viele von ihnen nur in die Luft geschossen. Zahlreiche Unteroffiziere aus dem Heere sollen in Schutzmannsuniformen Dienst in Moabit versehen haben. Daß diese einen gewissen „Schneid“ an den Tag legten, ist ohne weiteres anzunehmen.

Friedensausichten in der Metallindustrie scheinen erfreulicherweise doch nicht ausgeschlossen zu sein. Die Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und den Industriellen, die sich am 5. Oktober bis abends 10 Uhr hinzogen, sollen einen günstigen Verlauf genommen haben. Die Arbeitgeber verstanden sich zu Konzessionen. Näheres war bis zum Abschluß dieser Nummer nicht in Erfahrung zu bringen. Wir gehen in der nächsten noch einmal ausführlich auf diese Bewegung ein.

Kleine Gewerlichkeitsnachrichten. Die Tarifbewegung der Heizungsmonteure und Helfer in Rheinland und Westfalen führte zur Schaffung eines Tarifvertrags für ganz Rheinland und Westfalen. — In der Lohnbewegung der Berliner Glaskleber ist ebenfalls eine Einigung erfolgt auf der Grundlage eines drei Jahre gültigen Tarifvertrags. Die Minimallöhne erfuhr durchweg eine Erhöhung, während die Arbeitszeit wie bisher (53 Stunden) bestehen bleibt. Überstunden erhalten 25 Proz. Zuschlag. Der Arbeitsnachweis ist paritätisch. — Die Tarifverhandlungen zwischen mehreren Solinger Brauereien und den beteiligten Organisationen und dem Gewerlichkeitsrat haben mit der Festlegung eines Vertrags geendet. Dieser Abschluß brachte den Arbeitern wesentliche Vorteile, unter anderem die Erfüllung ihrer Forderungen bezüglich der Arbeitszeit, die bereits einmal die Ursache zum Abbruch der Verhandlungen gebildet hatten. — Die für den 5. Oktober angekündigte Aussperrung der Textilarbeiter der gesamten Bauhs wird erfreulicherweise nicht erfolgen. Durch Verhandlungen des Textilarbeiterverbandes mit den Arbeitgebern gelang es, die Differenzen beizulegen und somit das Ausbleiben der Aussperrung von 25000 Textilarbeitern und Arbeiterinnen abzuwenden. — Der Streik der Straßenbahner in Mühlhausen i. G. brachte der Organisation einen vollständigen Sieg. Der Betrieb, der elf Tage hindurch geruht hatte, wurde anfangs dieser Woche wieder aufgenommen. Außer einer durchgängigen Erhöhung des Lohns für das gesamte Personal wurde eine Arbeitszeitverkürzung für das Fahrpersonal um eine Stunde erreicht, die Arbeitszeit des Werkstättenpersonals

wurde auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden täglich festgesetzt. Die Bezahlung für überlunden erhöhte sich. Neu ist der bewilligte Urlaub von drei bis sieben Tagen im Jahr. Außer einer Reihe von Dienstleistungen wurde vereinbart: „Jeder Angestellte kann sich organisieren wo und wie er will, insbesondere wird ihm wegen seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband nichts in den Weg gelegt. Irigenwelche Maßregelungen dürfen nicht erfolgen.“ Während des ganzen Streiks war nur ein einziger Mann vom Fahrpersonal umgefallen, der der Gesellschaft als Streikbrecher natürlich nichts nützen konnte. In Mühlhausen selbst herrschte nach erfolgter Einigung ein Jubel, als ob die Straßenbahn das erste Mal durch die Stadt fahre. Der Bürgermeister äußerte der Streikleitung gegenüber ausdrücklich seine Befriedigung über das Verhalten der Ausständigen. Mehr kann man billigerweise kaum verlangen.

Bestorben.

In Belleville (Nordamerika) der Seher Karl Stielker aus Darmstadt, 86 Jahre alt — Altersschwäche.

In Bremgarten (Kanton Aargau) der Buchdruckereibesitzer Weichenbach, 70 Jahre alt.

In Breslau am 30. September der Seherinvalide Albert Planckfeld von dort, 64 $\frac{1}{2}$ Jahre alt — Herzverfaltung; am 3. Oktober der Seherinvalide Joseph Janke von dort, 55 $\frac{1}{2}$ Jahre alt — Herzschlag.

In Dresden am 3. Oktober der Korrektor Hugo Reider, 45 Jahre alt.

In Hamburg am 28. September der frühere Seherfaktor Kornelius Wörner, 79 Jahre alt; am 1. Oktober der Druckerinvalide Hermann Knabe von dort, 81 Jahre alt — Blasenleiden.

In Kiel am 3. Oktober der Seherinvalide Wilhelm Graap aus Stralsund, 35 Jahre alt.

In Leipzig am 28. September der Sieher Mag Wendt aus Leipzig-Linger, 19 Jahre alt — Lungen-schwindsucht; am demselben Tage der Seher Emil Böhl aus Leipzig — 52 Jahre alt.

In Ulm am 26. September der Buchdruckereibesitzer Heinrich Frey.

In Wien am 16. September der Drucker Adolf Pranger, 48 Jahre alt; am 23. September der Seher August Schmidt, 58 Jahre alt.

Briefkasten.

H. V. in R.: Von derartigen Hauskasseneinrichtungen nehmen wir an offizieller Stelle nur unter ganz besonderen Umständen Notiz. — G. B. in Hamm: Den Fahndungsbrief der Neutischener Kunststalt haben wir erhalten, halten es aber nicht für notwendig, öffentlich darauf einzugehen. Denn wir haben schon schönere Offerten von der anderen Seite in Händen gehabt. Solche Angebote beantwortet man einfach nicht. Wer es dennoch tut, dem ist einfach nicht zu helfen. — F. G. in Gera: Buchgewerbehaus in Leipzig, Holzstraße 1. Gruß! — G. R. in Leutkirch: Nichtig ist empfangen. — P. S. in Sektin: Gewünschtes abgehandelt; Verzeichnisse woraus schon gedruckt. Frdl. Gruß! — R. M. in S.: In unserem Materiale haben wir für Ihre Anfrage keinen Anhaltspunkt gefunden. Wir bitten Sie aber, diese Mitteilung nicht als eine Empfehlung aufzufassen. — K. in Würzburg: Wir gedenken demnächst dieses Thema mit anderen Sachen wieder einmal zu behandeln und werden dann Ihren Fall berühren. Sie können dann ja selbst eine Erwiderung ohne Mißen aussprechen. — G. R. in Str.: Den Typographischen Maßstab liefert Ihnen billigt H. Mathaeus in Dessau, Agnesstraße 23. Auch andere Fachartikel können Sie dort beziehen. — U. St. in Stuttgart: Nach Studium — es liegt noch verschriebenes andre auf Lager — wird Ihrem Wunsch entsprochen werden. — U. S. in D.: Da ist von hier aus nichts zu machen, versuchen Sie es bei der dortigen Postanstalt. — G. S. in Roderney: 1,25 M.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13. L. Fernspruchamt VI, 1119L.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einsendung der Statistikkarten über die Arbeitslosigkeit im III. Quartale 1910: 13. Oktober, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können (siehe „Mitgeber“ Seite 11, Ziffer 20). Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, sind trotzdem die Karten mit Angabe der Mitgliederzahl einzusenden, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.

Berlin.

Die Hauptverwaltung.

Düsseldorf. Der Seher Mag Blankenfeld aus Eberswalde wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

Frankfurt a. O. Der Seher Mag Rau aus Schwiebus (Hauptbuchnummer 35158), welcher zuletzt in Züllichau in Kondition stand, wird ersucht, innerhalb acht Tagen sein Buch einzulösen, andernfalls sein Ausschluß beantragt wird.

Gera. Der Drucker Mag Schlegelmilch (Hauptbuchnummer 12193) aus Oberweimar, zuletzt in Friedrichs-heide bei Ronneburg als Direktor der Fabrik für Arbeiter-fußbekleidung, jetzt angeblich in Leipzig, wird aufgefordert, seine Beiträge für das dritte Quartal an W. Manke, Tschirchstraße 20 II, einzulösen, widrigenfalls Antrag auf Ausschluß gestellt wird.

Freudenbach. Der Seher Albert Willi (Hauptbuchnummer 64167) aus Freiburg i. B. wird wegen wichtiger Angelegenheit um Angabe seiner Adresse an den Schrift-führer Friedrich Orben, Karlstraße 25, ersucht.

Widrenveränderungen.

Kadolszell. Vorsitzender: Paul Strobel, Schützenstraße 75; Kassierer: Willi Kaiser, Gartenstraße.

Schwerin i. Meckl. Vorsitzender: Friedrich Franz Bartels, Grenabierstraße 45 part.

Ums i. W. Vorsitzender und Kassierer: Wilhelm Gembrecht, Hferlohner Straße 26.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Sprottau der Schweizerdegen Joh. Schwarzer, geb. in Leobschütz (D.-Schl.) 1892, ausgel. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — Oskar Diez in Glogau, Kleine Oberstraße 15.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Da der Seher Paul Sperling, geboren am 24. März 1877 zu Halle a. S., unter dem Vorgeben, er sei Verbandsmitglied und sein Buch befände sich nur zur Kontrolle der Beiträge usw. in Berlin, sich Unterstützung zu erschwindeln versucht, warnen wir hiermit vor dem Genannten mit dem Bemerkten, daß er bereits unterm 17. September wegen Betrugs aus dem Verband ausgeschlossen worden ist.

Wormen. Der Seher Robert Vosbach aus Wormen, welcher wie inzwischen festgestellt wurde, kein Mitglied mehr ist, versucht als „Ausgesteuerter“ unter Vorzeigung glaubwürdig erscheinender Papiere und eines solchen mit meinem Namen unterzeichneten die Kollegen zu Brandschlagen, weshalb die verehrlichen Funktionäre gewarnt und gebeten werden, dem W. das betreffende Papier zu konfiszieren und an die Adresse von D. Wof, Fürstenstraße 15, gelangen zu lassen.

Düsseldorf. Dem Seher Wilh. Hoppe aus Wülfrum (Hauptbuchnummer 23436) ist der Betrag von 1,50 M. abzugiehn und portofrei an Walter Krone, Arndtstraße 13 II, einzulösen.

Versammlungskalender.

Berlin. Maschinenmeisterversammlung Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den „Industrieleislern“, Reudersberg 29.

Bernburg. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Oktober, abends präzis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Gewerlichkeitshaus“.

Braunschw. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant Nowitz, Pagenmarkt.

Sonn. Maschinenmeisterversammlung Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“ (Sandkaule).

Eberowalde. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Zur Mühle“.

Eberswalde. Verammlung heute Samstag, den 10. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Volkshaus“, Kombschke.

Glücksberg. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Kauf Mitter“.

Gießen. Verammlung heute Samstag, den 8. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Gewerlichkeitshaus“.

Görlitz. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Manicotto“, Kröfstraße.

Heide i. Holf. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vereinslokal „Zur Krone“ (Sob. Riedn), Süderstraße.

Röthen. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Restaurant „Ludwigsstraße“.

Arnsfeld. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vereinslokal.

München. Korrektorversammlung Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Tannenbaum“, Kreuzstraße.

Wostadam-Humboldtsberg. Maschinenmeisterversammlung heute Sonnabend, den 8. Oktober, abends präzis 8 Uhr, bei F. Weich, Wabersberger Straße.

Spanghagen (Bezirk Oberer Schwarzwald). Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 1 Uhr, in Spanghagen. Anträge baldigt an den Vorsitzenden.

Stuttgart. Verammlung Montag, den 10. Oktober, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Besessale des „Gewerlichkeitshauses“, Spingerstraße 171B.

— **Stettin.** Verammlung heute Sonnabend, den 8. Oktober, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Weg, Rosenstraße 17.

Übungen. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Schotei“.

